

## Antrag

der AfD-Fraktion

Der Landtag möge beschließen:

### Einsetzung eines Sonderausschusses KGR

1. Der Landtag setzt gemäß § 73 Absatz 2 der vorläufigen Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg einen

#### **Sonderausschuss Kreisgebietsreform (KGR)**

ein.

2. Das Recht der anderen Fachausschüsse zur themenbezogenen Beschäftigung mit Fragen zum KGR bleibt unbenommen.
3. Die Landesregierung unterstützt den Sonderausschuss KGR durch die Entsendung von Vertretern aus den zuständigen Ressorts Finanzen, Infrastruktur und Inneres zur regelmäßigen Teilnahme an den Sitzungen des Sonderausschusses KGR und regelmäßige zeitnahe fachliche Zuarbeit.
4. Der Sonderausschuss KGR tagt regelmäßig.
5. Der Sonderausschuss KGR besteht aus 12 Mitgliedern.
6. Es sind anzuhören: Landräte, Oberbürgermeister der kreisfreien Städte, Vertreter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie Bürgerinitiativen.

### **Begründung:**

Der themenspezifische Ausschuss hat der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Planungen ressortübergreifende Auswirkungen haben. Der Innenausschuss des Landtages kann dies nur zum Teil realisieren. Die Kreisgebietsreform hat große Auswirkungen auf die Finanzlage, auf Infrastruktur, auf die Umwelt- und Energiepolitik, auf soziale und familiäre Bindungen. Mit einzubeziehen sind nicht nur die Planer dieser Reform, sondern auch die betroffenen Kreise, kreisfreien Städte und heutigen Kreisstädte. Der Landtag Brandenburg sollte Bezug nehmen auf die Auswirkungen von aufeinanderfolgenden Kreisgebietsreformen in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Enquete-Kommission konnte beispielsweise nicht abschließend beurteilen „Ob und wie sich eine Einkreisung einzelner Städte auf die finanzielle Situation auswirken würde...“ . „Im Ergebnis ist die Kommission der Auffassung, dass eine vertiefte und zielgerichtete Prüfung durchgeführt werden soll, ob eine Einkreisung von kreisfreien Städten bei Erhalt und Stärkung der Funktion als Oberzentrum vorgenommen werden soll.“

Der Sonderausschuss möchte dafür Sorge tragen, dass diese Reform transparent besprochen und nicht ohne die Bürger entschieden wird.

AfD-Fraktion